

Modellfall CASA

Die Sozialdemokraten und der Umweltschutz

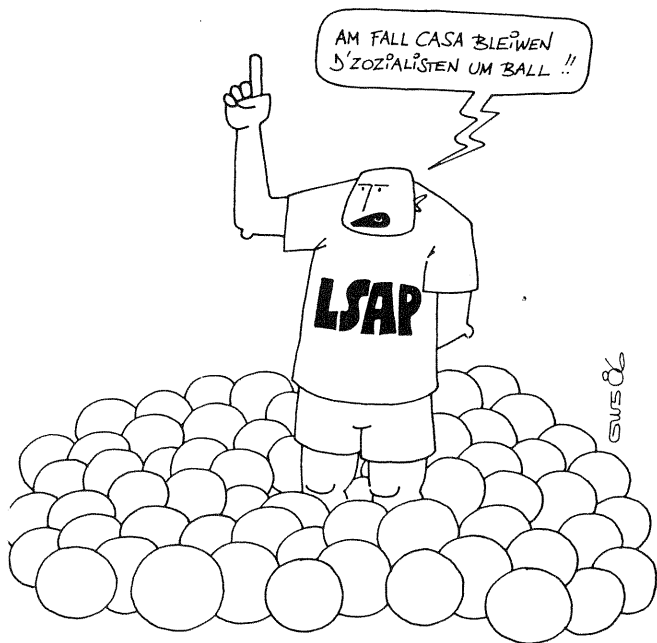
Auf den CASA-Artikel von Jeannot Krecké in "forum Nr.86" antwortet Jang Geisbusch. Einen Exkurs in die jüngste Vergangenheit, in dem gezeigt wird, daß die LSAP sich früher radikaler als Krecké heute gegen die CASA gewandt hat ("Wenn zwischen Gesundheit und Wirtschaftsinteresse zu wählen ist, dann wähle ich die Gesundheit", M.Delvaux, 1979), haben wir aus Platzgründen weggekürzt.

Dein in der "forum" Nummer 86 abgedruckte, als sachverständig getarnte Artikel zur CASA-Problematik strotzt zwischen den Zeilen nur so vor Unterstellungen und Verdrehungen und kann deshalb nicht kommentarlos hingenommen werden.

(...)

3. Da Du in der Auseinandersetzung mit der CASA-

Problematik einzig und allein Dir und Deiner Partei Verantwortungsbewusstsein bescheinigst, möchte ich Dir einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Dass die CASA wieder ins Gerede gekommen ist, verdanken wir nicht, wie Du suggerierst, "politischen Geschäftemachern mit der Angst", sondern einerseits einem Flugzettel der Umweltverwaltung, der den



Anrainern der CASA am 19. Juli 1985 ins Haus flatterte und sie aufforderte, ihr Gemüse sorgfältig, "z.B. zweimal" (sic!) zu waschen, und andererseits der vom extrem industriefreundlich eingeschätzten TÜV Rheinland-Pfalz angefertigten Studie, die sich als totaler Flop entpuppen sollte, weil sie die zentralen Fragen nicht gestellt hatte, geschweige denn beantworten konnte (wollte?). Aufgrund dieser beiden Elemente wurde die Bevölkerung, die zum Teil schon resigniert hatte, weil in 8 Jahren wenig Substantielles verbessert worden war, unruhig, und es kam am 19. September 85 auf einer Informationsversammlung der Greng-Alternativ in Beggen zur provisorischen Gründung einer "Biergerinitiative geint d'Emweltverschmutzung vun der CASA".

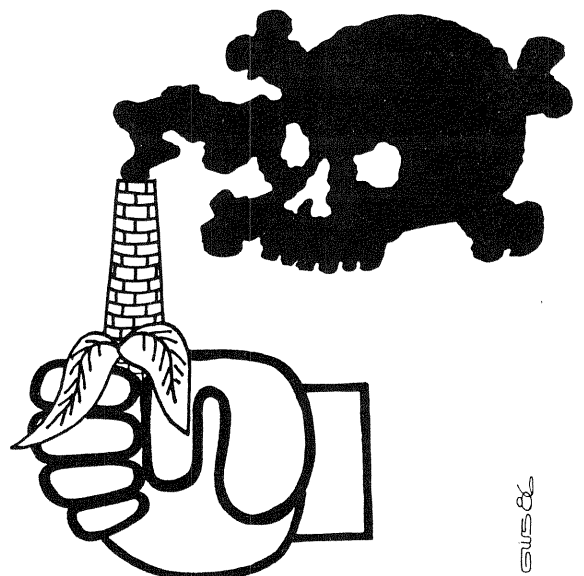
Dass dies Dir und der LSAP Aal Gemeng Ech ein Dorn im Auge ist, kann ich verstehen, schliesslich ist die CASA seit einigen Jahren für euch privilegiertes Tätigkeitsfeld. Ginge es euch tatsächlich um die Sache, wie ihr auf Schritt und Tritt behauptet, dann hättet ihr das Entstehen einer "Biergerinitiative" doch begrüßen - auch wenn ihr nicht die Initiatoren seid - und von Anfang an mitmachen müssen, wozu ihr sowohl von der engagierten Bevölkerung als auch von den Greng-Alternativ aufgefordert wurdet. In Wirklichkeit fiel euch aber nichts Besseres ein, als der BI aus fadenscheinigen Gründen fernzubleiben, in der Hoffnung wohl, dass sie scheitern würde, und erst auf den Zug zu springen, als dieser längst den Bahnhof verlassen hatte. Armselig und von politischer Moral ungetrübt sieht sich allerdings die Verleumdungskampagne gegen die Greng-Alternativ an - immer diskret zwischen den Zeilen - denen im Aal Gemeng Ech-Blat Nr. 13 der LSAP angelastet wird, "Emotionen bis zur Hysterie geschürt (zu haben)"; in diesem Geiste fährst Du in Deinem "forum"-Artikel fort, wenn Du schreibst: "Auch das politische Geschäft mit der Angst wäre eine gefährliche wie auch fragliche Einstellung. Man sollte sich davor hüten, in der Politik immer nur den einfacheren Weg zu wählen, sich darauf zu beschränken, sogenannte (sic.) Skandale hochzuspielen und von Fall zu Fall rein elektorale und lokale und dadurch auch zum Teil kontradiktorische Erwägungen zu berücksichtigen." (S.7) Bei Gelegenheit kannst Du mich mal darüber aufklären, ob die CASA-Affäre nun ein Skandal, oder ein "sogenannter Skandal" ist? Handelt es sich nämlich um einen Skandal, dann liegen Deine Standpunkte und die Deiner Partei weit hinter de-

nen zurück, die 1978/79 vorgetragen wurden. (...) Alles deutet darauf hin, dass die diffusen Staubquellen auch weiterhin die Umwelt vergiften, die Sickerwässer bis zum 1. Oktober 86 (Ministerialbeschluss vom 20. September 85) nicht gefasst sein werden -um nur zwei Hauptpunkte aufzugreifen- das müsste Dir doch auch klar sein, oder? (...)

4. Hört man sich die Aussagen von Staatssekretär Lahure an, mit dem die BI am 24. März 86 eine Unterredung hatte, müsste man eher auf ein Eigentor schliessen. "Wann en dru schold ass, dat d'CASA weiderbested, da si mär et." Konsequenterweise hatte die Regierung am 8. November 85 beschlossen, der CASA heimlich, still und leise weitere 30 Millionen über die SNCI zukommen zu lassen, mit der Auflage, ... man höre und staune!... die TÜV-Studie zu vervollständigen. (Brief vom 29. Oktober 85 an die CASA-Direktion) Bei der jetzigen Regierung, wie bei den vorhergehenden, endet eine gläubwürdige Umweltpolitik dort, wo laut Mouvement Ecologique "wirtschaftliche Interessen berührt werden und gängige Strukturen und Verbindungen in Frage gestellt werden."

Und wenn Herr Lahure erklärt, die Erhaltung der Arbeitsplätze stehe ganz vorne in der wirtschaftspolitischen Philosophie der Regierung, so mag das an sich lobenswert sein, hinterlässt aber einen bitteren Beigeschmack, wenn man weiss, dass in diesem unserem Lande in den letzten Jahren dem Götzen Profit über Rationalisierungsmassnahmen zigtausend Arbeitsplätze geopfert wurden. Geht es allerdings um die Gesundheit der Menschen und den Schutz der natürlichen Umwelt, dann wird gemauert, dann wiegen 180 Krankheit erzeugende Arbeitsplätze schwerer als alles andere, und dies, obschon es mittlerweile immer mehr Menschen einleuchtet, dass umweltverschmutzende Arbeitsplätze langfristig nicht abzusichern sind. Auch nicht, wenn die jetzige Regierung die ARBED dazu gedrängt hat, das CASA-Kapital mit 170 Millionen Steuergeldern aufzustocken, und die Bürger so doppelt berapen dürfen, um in Eintracht mit ihrer Umwelt krank zu werden - einmal über die staatliche Kredit- und Investitionsgesellschaft SNCI, und zum andern über die aus der Staatskasse gesponsorte ARBED.

Am Beispiel CASA wie an vielen andern zeigt sich, dass das quantitative Wachstumsdenken in vielen Politikerköpfen nach wie vor fest verankert und es mit ihrer Lernfähigkeit unter Gesichtspunkten der ökologischen Vernunft nicht sehr weit her ist; sie reagieren in ihren Entscheidungen meistens nur



auf Druck, der auf sie ausgeübt wird. Und um diesen Druck stärker zu machen, reicht es nicht, ökologische Forderungen wie "Verursacherprinzip" und "Umkehr der Beweislast" scheinbar kämpferisch ins Schaufenster zu stellen; viel wichtiger in der konkreten Auseinandersetzung ist die Reduzierung der Komplexität der Sachprobleme, indem versucht werden sollte, Strukturen durchschaubar zu machen und wichtige Zusammenhänge aufzuzeigen. Tatest Du das, müsstest Du zugeben, dass auch und besonders im Fall CASA, die Politiker viel über Ökologie reden, aber im Endeffekt sich die scheinbaren Sachzwänge durchsetzen; dass weiterhin im Namen der Prinzipien Konkurrenz, Leistung, Profit, Wachstum die Ausbeutung von Mensch und Natur vorangetrieben, die Zerstörung der Umwelt massgeblich beeinflusst wird.

5. Trotz des steigenden Problembewusstseins in der Bevölkerung, das sich hauptsächlich in aktivem Engagement in Bürgerinitiativen zeigt, scheint eine konsequente ökologische Orientierung in der Politik noch immer nicht realisierbar zu sein.

Wir müssen lernen, in Konfliktsituationen unsere

Interessen politisch zu äussern, während die Politiker lernen müssen, Entscheidungen, in denen es Macht- und Interessenkonflikte gibt, zu treffen, die mittel- und langfristig Politik unter eindeutig ökologischen Gesichtspunkten möglich machen. Nur wenn es der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Organisationen gelingt, ökologische Interessen zu artikulieren, für diese Interessen auch zu kämpfen und nicht nur Entwicklungen hinzunehmen, wie Du es mit Deinem Einschläferungslatein von der "Komplexität der Sachprobleme" und Deiner heuchlerischen "Ausgewogenheit" implizit nahelegst, können tiefgreifende Veränderungen in den Wert- und Handlungsschemen erreicht werden.

In der Hoffnung, dass F.J. Degenhardts Liedverse - sie treffen besonders im CASA-Skandal den Nagel auf den Kopf - bald von Dir und möglichst vielen Deiner Parteifreunde im ökologischen Sinne Lüge gestraft werden:

"Denn der ewige Sozialdemokrat,
der spricht und spricht und spricht,
aber ändern, das will er nicht!"

Jang GEISBUSCH